

Ein Pakt für den Rechtsstaat?



MAG. HARALD WAGNER, MBA
ist Richter am Handelsgericht Wien
und zweiter Vizepräsident der
Vereinigung der österreichischen
Richterinnen und Richter.

**IN DEUTSCHLAND SCHEINT DIE TREND-
WENDE GESCHAFFT.** Der heuer unterzeich-
nete „Pakt für den Rechtsstaat“ verspricht
der Justiz unseres Nachbarlandes nach
jahrzehntelanger Sparpolitik bis an die
Belastungsgrenze nun zusätzliche Bud-
getmittel und neue Stellen bei Gerichten,
Staatsanwaltschaften und Polizei. Lesen
Sie dazu den aufschlussreichen Artikel
des Vorsitzenden des Deutschen Rich-
terbunds, Jens Gnisa, auf den folgenden
Seiten! Trotz mancher Unterschiede in
der Gerichtsorganisation und der Aus-
gangslage werden Sie einige Parallelen
zur Situation in Österreich entdecken.
Hier sind wir allerdings in der Phase, in der
die Verantwortlichen in der Politik (noch)
nicht der Erkenntnis folgen, dass den
Rechtsstaat zu wahren, auch bedeutet,
die Gerichtsbarkeit mit den erforderlichen
Personal- und Sachressourcen auszustat-
ten.

Die Personalanforderungsrechnung (PAR)
wurde in den vergangenen Monaten einer
dringend notwendigen Systempflege un-
terzogen, um den legislativen, struktu-
rellen und qualitativen Änderungen in
den einzelnen Geschäftssparten seit dem
Erhebungszeitraum in den Jahren 2008
und 2009 Rechnung zu tragen. Zahlreiche
Kolleginnen und Kollegen haben gemein-
sam mit den Expertinnen und Experten
des Justizministeriums und des Bundes-
rechenzentrums in vielen Arbeitsgruppen,
Unterarbeitsgruppen, Expertenschätzrun-
den und dergleichen den anspruchsvollen
Spagat versucht, ohne eine kosteninten-
sive Neuerhebung die Zeitwerte für die
einzelnen Geschäftsgattungen auf ihre
Aktualität zu prüfen und gegebenen-
falls anzupassen. Die eben erschienene
Personalanforderungsrechnung für die
Bezirks- und Landesgerichte weist einen

bundesweiten Fehlbestand von etwa 50
Richterinnen und Richtern aus. Im Bereich
der Staatsanwaltschaften sind die Berech-
nungen noch im Gang. Dabei zeichnet
sich ebenso ein deutlicher Mehrbedarf an
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten
ab. Auch an den Verwaltungsgerichten
– allen voran am Bundesverwaltungsge-
richt – fehlen Richterinnen und Richter für
eine zügige Bewältigung der großen Ver-
fahrenslast.

Besonders angespannt ist die Situation
in den Geschäftsstellen der ordentlichen
Gerichte und der Staatsanwaltschaften.
Der Kahlschlag bei den Beamten und Ver-
tragsbediensteten in den letzten Jahren
hat nunmehr zu einer Situation geführt,
in der an vielen Gerichten der Betrieb nur
noch mit Mühe und Not aufrecht erhalten
werden kann und an manchen Dienststel-
len selbst das nicht mehr gelingt. Erfreu-
licherweise ist es in den vergangenen
Wochen gelungen, die Medien auf die
Personalnot an den Gerichten und Staats-
anwaltschaften aufmerksam zu machen.
Aber auch abseits der öffentlichen Wahr-
nehmung versuchen die Standesvertre-
tungen, die maßgeblichen Entscheidungs-
träger auf die dramatischen Zustände im
Personalbereich aufmerksam zu machen.
Beispielhaft für unzählige Kontakte aller
Standesvertretungen sei die Unterredung
der Repräsentanten der Bundesvertretung
Richter und Staatsanwälte und der Bun-
desvertretung Justiz der Gewerkschaft
öffentlicher Dienst mit Bundeskanzler
Sebastian Kurz Anfang April genannt.

Die immer knapper werdenden Mittel
befeuern natürlich Überlegungen, beste-
hende Strukturen und Abläufe noch effi-
zienter zu gestalten. Doch nicht nur der
Sparstift gibt Anlass, Reformen anzugehen.

Die Standesvertretungen sehen es seit jeher als ihren Auftrag, sich dabei konstruktiv einzubringen. So ist die „Förderung gerichtsorganisatorischer Reformen zur Gewährleistung einer den modernen Gegebenheiten Rechnung tragenden Rechtspflege“ beispielsweise satzungsgemäßer Zweck der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter. Dabei verlieren wir niemals unsere anderen Aufgaben – die Hebung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung und Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit und die Vertretung der Interessen unserer Mitglieder – aus den Augen. Wir fühlen uns aber auch in einem besonderen Maße den Bürgerinnen und Bürgern unserer Republik und deren Bedürfnissen und Erwartungen an die Gerichtsbarkeit verpflichtet. Reformen nur der Veränderung wegen oder Maßnahmen, mit denen lediglich die budgetäre Unterdotierung der Justiz kaschiert werden soll, können dabei niemals unsere Zustimmung bekommen. In diesem Sinne nehmen die Spitzen unserer Standesvertretungen an

« Es braucht das Bewusstsein der Bevölkerung über die Wichtigkeit einer unabhängigen und funktionierenden Justiz gerade in Zeiten gesellschaftlichen und politischen Umbruchs und es braucht eine von diesem Bewusstsein und nicht dem Sparen nach der „Rasenmähermethode“ geleitete, verantwortungsvolle Budgetpolitik. »

den vom Justizministerium eingerichteten Reformarbeitsgruppen „RichterInnenausbildung Neu“, „Gerichtsstrukturreform“ und „Qualitätssicherung und Effizienz im Ermittlungsverfahren“ teil, deren erste Ergebnisse bereits für den Sommer angekündigt wurden.

Die Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verschließen sich keineswegs den vom Justizministerium betriebenen Digitalisierungsbemühungen, allen voran dem Vorzeigeprojekt „Justiz 3.0“. Viele Kolleginnen und Kollegen engagieren sich auf allen Ebenen, sei es in der Entwicklung oder in Pilotbetrieben, und tragen dazu bei, dass die Programme so gestaltet werden, dass sie zu einem Mehrwert für die Rechtspflege insgesamt werden. Die Beteiligten mussten in den letzten Monaten aber immer wieder erleben, dass das Projekt durch die Budgetnöte ins Stottern gekommen ist und notwendige Adaptierungen bei der Software, die für einen flächendeckenden Einsatz unerlässlich wären, immer wieder verschoben werden. Gerade im IT-Bereich müssten neue Stellen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften geschaffen werden, um die erforderliche Unterstützung der Anwender sicherzustellen, was jedoch von den vorgegebenen Einsparungspfaden im Personalplan konterkariert wird. Die Personaldecke ist so dünn, dass um jeden einzelnen Mitarbeiter für die IT gerungen werden muss, weil dieser an anderer Stelle, wie etwa im Kanzleibereich, benötigt wird, um den (Not-) Betrieb an einem Gericht aufrecht erhalten zu können.

Anhand der in den letzten Monaten in Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen gesammelten Meldungen aus der Kollegenschaft haben die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter und die Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte der Gewerkschaft öffentlicher Dienst umfassende Reformvorschläge

für eine funktionierende Justiz vorgelegt. Wir haben die 66 Vorschläge¹⁾, deren Umsetzung zu mehr Effizienz und besserer Qualität führen würde, den zuständigen Ministerien übergeben und stehen für einen Diskussionsprozess über die angelegten Maßnahmen bereit.

Wie bereits im Vorwort zu unseren Reformvorschlägen festgehalten: Ohne ordentliche personelle und materielle Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist jegliche Reformbemühung zum Scheitern verurteilt! Mit fast jeder Veränderung/Umstrukturierung sind Anlaufkosten verbunden. In manchen Bereichen lässt sich womöglich sagen, dass umso nachhaltiger eine Reform sein soll, desto höher die dafür notwendigen Kosten sein werden. Wenn das Budget aber nicht einmal ausreicht, den laufenden – ohnehin seit Jahren überaus sparsam gestalteten – Betrieb zu gewährleisten, ist an große Reformen gar nicht zu denken.

Gerade wurde von der Europäischen Kommission das EU-Justizbarometer 2019 veröffentlicht, das weitestgehend Bestnoten an die österreichische Justiz verteilt. Um diese Spitzenstellung nicht zu gefährden, bedarf es einer Trendwende: Es braucht das Bewusstsein der Bevölkerung über die Wichtigkeit einer unabhängigen und funktionierenden Justiz gerade in Zeiten gesellschaftlichen und politischen Umbruchs und es braucht eine von diesem Bewusstsein und nicht dem Sparen nach der „Rasenmähermethode“ geleitete, verantwortungsvolle Budgetpolitik. Das könnte der österreichische Pakt für den Rechtsstaat sein.

HARALD WAGNER

1) Abrufbar unter <https://richtervereinigung.at/reformvorschlaege-fuer-eine-funktionierende-justiz/>